

# Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2008

Nr. 4 · 4. Jahrgang

## Links informiert

**3** *Vorgestellt: Stefan Wollenberg, stellv. Kreisvorsitzender DIE LINKE*

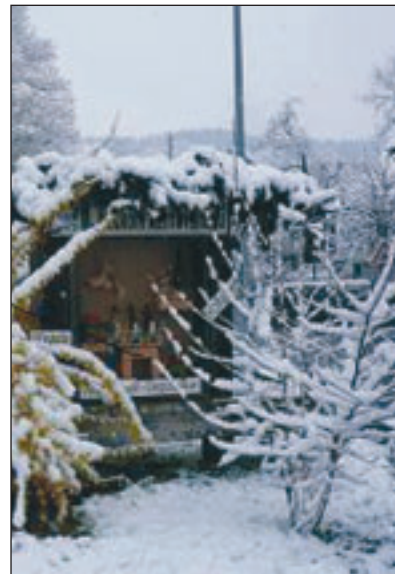
## Waldstadt/Schlaatz

**6–9** *„Meise“, Bürgerhaus, Fontaneschule usw. usf.*

## Forum

**10/11** *„Die schwere Hand der Toleranz“ Potsdams „demokratisches Edikt“*

## Der Frühling hielt Einzug, dann kam Ostern ...



*Noch etwas schüchtern, aber unaufhaltsam hält der Frühling auch Am Schlaatz Einzug. Wie dieser Tage bei einem Spaziergang am Nuthe-Ufer beobachtet, stehen die ersten Bäume und Sträucher in voller Blüte und laden zum Verweilen ein. Trotz wechselhaften Wetters trafen wir Familien, Radfahrer und Hundefreunde auf ihrem Spaziergang entlang der Uferpromenade. Sie führt vom Horstweg aus seitlich am Neubaugebiet und an Kleingartenanlagen vorbei. Hinter den Schrebergärten säumen alte Weiden den Weg bis hin zu einer Fußgängerbrücke, die eine Verbindung zur Wetzlarer Straße und zu den Nuthe-Wiesen schafft. Dort können aufmerksame Spaziergänger die Ruhe genießen und mit etwas Glück eine große Gruppe Rehe beobachten.* (Siehe SEITEN 6–9)

## Zwischen Nähe und Distanz

### Platzecks Doppelstrategie im Umgang mit der Linken

Die Brandenburger SPD unter Matthias Platzeck setzt für den Rest der Legislaturperiode offensichtlich auf eine riskante Doppelstrategie im Umgang mit der Linken. Dies wird deutlich, wenn man aktuelle Äußerungen von ihm und seinem Umfeld mit vergangenen Bekundungen vergleicht. Die Dauerregierungskrise in Brandenburg spielt dabei eine ebenso große Rolle wie anscheinend noch offene Rechnungen mit dem SPD-Vorsitzenden Kurt Beck.

Noch im August letzten Jahres fand Platzeck für die Linkspartei in Brandenburg vergleichsweise warme Worte: „Die PDS war und ist hier im Osten ein potenzieller Partner für uns – daran hat die Parteienfusion nichts geändert.“ Was bedeutet das? In Brandenburg ist DIE LINKE stark und eine ernst zu nehmende Konkurrenz für die SPD. Dies macht es ihm schwer, sie zu verteufeln. Womöglich würde sie dann noch stärker – diese

Angst sitzt tief. Angesichts der Dauerkrise in der Brandenburger CDU, die sich immer wieder auch auf die Regierungskoalition auswirkt, kann er auf Die LINKE zumindest als Option nicht verzichten. Hier erfüllen schmeichlerische Worte eher die Funktion einer Warnung an die CDU, mit ihrem innerparteilichen Streit nicht zu überziehen.

In diesen Kontext ist auch seine Äußerung aus dem September 2007 einzuordnen. Zu dieser Zeit kritisierte Platzeck das von Kurt Beck für die westdeutschen Landesverbände ausgesprochene Verbot, mit der Linkspartei zu koalieren. Statt DIE LINKE auszugrenzen, favorisierte der Brandenburger Ministerpräsident deren Einbeziehung: „Manch ein Mitglied der Linkspartei könnte genauso gut Sozialdemokrat sein“, erklärte Platzeck gegenüber der Berliner Zeitung. „Genau für diese Menschen hätten wir Anfang der goer offener sein müssen. Das hätte der

### Aktuelle Wahlumfrage auf Seite 2

Partei gut getan.“ Diese Möglichkeit sei nun vertan. „Heute sind wir politische Konkurrenten.“

Die jüngsten Bekundungen des Ministerpräsidenten klangen hingegen weniger freundlich. Wer in der SPD glaube, „der Linkspartei hinterherlaufen zu müssen, der riskiert, dass wir für jeden Wähler, den wir am linken Rand vielleicht gewinnen können, zwei, drei oder vier Wähler in der gesellschaftlichen Mitte verlieren“, sagte der brandenburgische Ministerpräsident der „Super Illu“. Und er setzte nach: „Ich wage noch keine Prognose, wie die Linkspartei sich im Wahlkampf positionieren wird. Oskar Lafontaine Einfluss ist jedenfalls durchaus schon spürbar geworden – die märkische Linkspartei stellt sich an manchen Stellen populistischer und fundamentalistischer dar als früher, als sie noch PDS

(Fortsetzung auf SEITE 2)

### Auf ein Wort...



### „Feiertagsklau“ und „Brückenbauer“

Alle reden jetzt vom 1. Mai, dem „Kampftag...“ – nur wenige vom Männertag. Sollte man aber. Denn auf einen der neun bundesweiten Feiertage müssen wir in diesem Jahr verzichten. Zum ersten Mal seit 1913 fällt Himmelfahrt auf den arbeitsfreien 1. Mai. Diese Feiertagsdopplung kommt sehr selten vor. Erst im Jahre 2160 fallen wieder beide Feiertage auf dasselbe Datum. Nun die quälende Frage: Wie bekommt man die Mai-Kundgebung und die Männerfete unter einen Hut?! Das frühe Losradeln mit maiengeschmücktem Fahrrad und albernem Zylinder oder Schlafanzugjacke fällt für den bewussten Gewerkschafter wohl flach. Einziger Schmuck sollte vormittags (wenigstens) die Mainelke sein. Und die kleinen (oder großen) „Spaßmacher“ sollten ebenfalls in der Tasche bleiben – zur Mai-Demo jedenfalls. Gut beraten sind die „Herren“, die aus diesem Tag einen Familientag machen, was sich ja auch immer mehr durchsetzt. Und da kann man eben auf der Mai-Demo vormittags schon beginnen. Schließlich wird in Stadt

(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

und Land (siehe Programm auf dem Luisenplatz in Potsdam) viel Unterhaltungsgeboten.

Und so dumm ist das gar nicht mit dem Feiertagsklausur. Denn für den Urlaub gibt's in diesem Jahr einige tolle Kombinationsmöglichkeiten. Eben weil die Feiertage so „seltsam“ fallen. Gut beraten ist, wer das nicht auf die lange Bank schiebt – denn 2008 ist ein Jahr für Brückenbauer. Mit nur 25 Urlaubstagen, so habe ich gelesen, kann man immerhin zwei Monate lang frei machen – sofern der Chef und die Kollegen mitspielen. Wer zwischen Himmelfahrt und Pfingsten eine Auszeit nimmt, muss nur sechs Tage von seinem Urlaub opfern, um doppelt so lange Ferien machen zu können. Der Tag der deutschen Einheit (3. Oktober) fällt auf einen Freitag. Und weil Weihnachten 2008 am Donnerstag (25. Dezember) und Freitag (26. Dezember) gefeiert wird, müssen je nach tariflicher Regelung nur zwei bis drei Urlaubstage geopfert werden, um zwischen den Jahren der Arbeit fernbleiben zu können. Also kein Grund, sich die „Kampf“-und-Männer-tags-Laune vermiesen zu

**IMPRESSUM**

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam.**REDAKTION:** medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); Tel.: 0331/20 01 89 70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;**ANZEIGEN:** Renate Frenz, 0331/200 97 08**BANKVERBINDUNG:** Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 4506102113; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv **DRUCK:** OSSI-Druck Brandenburg.

# Wer erhält Bodenreformland zurück?

**Interview mit Ralf Christoffers, Landtagsabgeordneter der LINKEN und Vorsitzender des Finanzausschusses**

**Nach Bekanntwerden des BGH-Urteils zu unrechtmäßigen Grundbucheintragungen des Landes bei Bodenreformland haben Sie das Thema für die nächste Sitzung des Finanzausschusses im Landtag auf die Tagesordnung gesetzt. Und damit einen Stein ins Rollen gebracht ...**

Ja, da das Finanzministerium für die Verwaltung von Grundstücken zuständig ist, habe ich Finanzminister Speer zur Berichterstattung eingeladen. Leider waren seine Auskünfte aus meiner Sicht nicht weitreichend genug. Schließlich behauptet der Finanzminister, dass es keine politischen Vorgaben gegeben habe, dass die Verwaltung alle Entscheidungen bis zu den Grundbucheintragungen selbst getroffen habe. Das ist zu hinterfragen.

**Warum?**

Nur ein Beispiel: Im Mai 2000 gab es eine sogenannte Haftungsfreistellung des Landes an alle Kreise und kreisfreien Städte, bei denen die Grundbuchämter ansässig sind. Darin heißt es, dass die „Suche nach weiteren Erben“ des Bodenreformlandes „entbehrlich“ sei. Die Kreise waren dafür verantwortlich – wurden aber nun von der Haftung freigestellt, sollte es doch zu einem Fehler kommen. Die Entscheidung darüber soll ein Referatsleiter im Finanzministerium allein getroffen haben! Das zu glauben, fällt schwer. Dass hier die Arbeit der Verwaltung versagt hat, wie es Ministerpräsident Platzeck darstellt, mag eine Seite sein. Ich befürchte jedoch, dass hier bagatellisiert wird. Denn es ist wichtig zu erfahren, ob dahinter eine falsche Struktur steckt. Wenn ja, muss sie künftig beseitigt werden. Um das zu untersuchen, hat die LINKE am 27. Februar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefordert.

**In der Debatte musste die LINKE sich schwere Vorwürfe von SPD und CDU anhören. Dennoch wurde der Untersuchungsausschuss einstimmig beschlossen? Wie erklären Sie das?**

Ein Untersuchungsausschuss ist ein parlamentarisches Instrument und muss eingesetzt werden, wenn mindestens 18 Abgeordnete dies beantragen. Die Fraktion der LINKEN hat 29 Abgeordnete – egal, wie alle anderen gestimmt hätten, der Untersuchungsausschuss musste also eingesetzt werden. SPD und CDU machten aber deutlich, dass sie zwar aufklären wollen – aber eben nicht durch einen Untersuchungsausschuss.

**Was können die Betroffenen vom Untersuchungsausschuss erwarten?**

Die Erwartungshaltung ist sehr hoch. Jeden Tag melden sich Betroffene, die in der jetzigen Situation eine Lösung ihres konkreten Problems erhoffen. Hier muss man aber eine klare Unterscheidung machen, die zutiefst ungerecht ist: Mit dem zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz von 1992 wurde nur noch jenen Erben Bodenreformland zugesprochen, die entweder Landwirtschaft betreiben oder auf dem Grund und Boden leben. Wen das so nicht betraf, der war kein so genannter „Berechtigter“ – und das Grundstück fiel ohnehin an das Land. Dagegen haben viele prozessiert – und verloren. Schließlich war das Gesetz gültig. Wer gegen das Land gewonnen hat, zum Beispiel beim Betreiben von Landwirtschaft im Nebenerwerb, hat sein Land erhalten. Also: Für alle jene Menschen, für die es in der Vergangenheit eine rechtsgültige Entscheidung gab, trifft das jetzige Urteil des BGH nicht zu.

Ein anderer Sachverhalt steht hier zur Debatte: Für die Umsetzung des Vermögensrechtsänderungsgesetzes galt eine Frist bis zum 2. Oktober 2000. Bis dahin musste das Land klären, wer „Berechtigter“ ist, und die Grundbuchämter mussten die entsprechenden Eintragungen vornehmen. Offenbar hat das Land hier lange nicht gehandelt. Als sich das Ende der Frist näherte, nahm das Land die Grundstücke in Verwahrung, ließ formal nach Erben suchen und sich nach erfolgloser Suche ins Grundbuch eintragen. Und das sind die Punkte, um die sich der Untersuchungsausschuss kümmern kann: Wurde tatsächlich umfangreich nach Erben gesucht? Welche Entscheidungen – oder eben Fehlentscheidungen – wurden getroffen? Und auch nur diese Erben betrifft es: Die bis zum 2. Oktober 2000 nicht „ausfindig“ gemacht wurden.

**Aber damit ist benachteiligt, wer auf Grund des Vermögensrechtsänderungsgesetzes geklagt hat?**

Ja, Gerechtigkeit wird es hier für die Betroffenen nicht geben. In der Öffentlichkeit wird zur Zeit der Eindruck erweckt, dass alles „wieder aufgerollt“ wird. Das ist nicht wahr. Denn außerdem gilt: Die Betroffenen müssen sich melden, tun sie das nicht, könnten sie ihren Anspruch verlieren.

**Was raten Sie Betroffenen?**

Sich bei der Hotline des Landes (Tel.:

0331-58181-381/382/383) zu melden oder sich schriftlich an das Finanzministerium zu wenden.

## Wahlumfrage: DIE LINKE führt im Land Brandenburg

Am 26. März ging folgende Nachricht durch die Presse: Die Sozialdemokraten haben dramatisch in der Wählergunst verloren: In keinem der 16 Bundesländer wäre die SPD noch stärkste Kraft, wenn jetzt Bundestagswahl wäre.

Das zeige die Auswertung von Umfragedaten zur Bundestagswahlabsicht, die das Forschungsinstitut Forsa für das Magazin «Stern» in den vergangenen Wochen in den Bundesländern ermittelt hat. Danach liegen die Christdemokraten in 14 Ländern vorn, in Brandenburg und Sachsen-Anhalt ist es die LINKE. Nach den veröffentlichten Daten hat die SPD unter Führung von Kurt Beck in ihren Hochburgen fast jeden zweiten Wähler verloren. In Nordrhein-Westfalen sackte sie danach im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 von 40 auf 23, in Niedersachsen von 43 auf 25 Prozent. Am heftigsten war der Absturz von 43 auf 23 Prozent in Bremen.

In den neuen Bundesländern ist die SPD nur noch dritte Kraft hinter CDU und LINKE. Lediglich in Brandenburg liegt sie bei 25 Prozent gleichauf mit der CDU auf Platz zwei, während die LINKE auf 33 Prozent kommt. Im Saarland, wo „die Genossen“ früher absolute Mehrheiten holten, wollen nur noch 16 Prozent die SPD wählen, weniger als in Bayern, wo die SPD auf 18 Prozent kommt. Die LINKE käme dagegen an der Saar auf 29 Prozent. Sie tritt im nächsten Jahr mit dem früheren SPD-Vorsitzenden und saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine an der Spitze zur Landtagswahl an.

Bei der ebenfalls am 26.03. veröffentlichten wöchentlichen Forsa-Umfrage des «Stern» und des Fernsehsenders RTL (2000 Befragte vom 17. bis 20. März) bleibt die SPD bei ihrem Wert von 22 Prozent der vergangenen Woche. Die Union gewinnt 1 Punkt dazu und kommt nun auf 38 Prozent. Bei den übrigen Parteien gibt es im Vergleich zur Vorwoche keine Veränderungen. FDP und Grüne erzielen jeweils 11 Prozent, die LINKE 14 Prozent.

Quelle: sueddeutsche-online

(Fortsetzung von SEITE 1)

hieß. „Wie ist dieser Sinneswandel zu erklären? Eine starke brandenburgische LINKE passt der SPD nur solange ins Konzept, wie sie ihr als Drohkulisse der krisengeschüttelten CDU gegenüber nutzt. Sollte sie allerdings zu selbstbewusst

werden und wie mit dem Untersuchungsausschuss zur Bodenreform-Affäre ein gravierendes Fehlverhalten der früheren SPD-Regierung aufdecken wollen, dann reagiert der Ministerpräsident entsprechend gereizt und spielt die „Populistenkarte“.

Irren ist menschlich – dies billigen die

Brandenburger auch der Landesregierung zu. Eine Entschuldigung wäre trotzdem eine angemessene Geste. Verschlagenheit ist hingegen keine Eigenschaft, die die Märker honorieren. Aber genau diesen Vorwurf muss sich der Brandenburger Ministerpräsident nun gefallen lassen

te



Von seinen dreißig Lebensjahren hat Stefan Wollenberg runde fünfundzwanzig in der Potsdamer Waldstadt und am Schlaatz ge- und erlebt. Nach dem Kindergarten drückte er in der damaligen POS 28 die Schulbank. Dann kam die POS 9 (mit erweitertem Russischunterricht). Und schließlich das Humboldtgynasium unter dem heutigen Brandenburgischen Bildungsminister und damaligen Direktor Rupprecht. „Man hat sich kennen- und schätzen gelernt“, lächelt Stefan Wollenberg, den seine Freunde „Wolle“ nennen. „Ich war Schülersprecher.“ Vielleicht der Grundstock für sein Engagement in politischen Alltagsfragen?

Möglich, meint der junge Mann. Viel gelernt habe er aber auch im ZIVI-Dienst nach dem Abitur. „Diese dreizehn Monate waren wirklich ein voller Blick ins Leben“, erzählt er. Er habe erlebt, wie es ist, das „Leben auf der Straße“ zum Beispiel. Oder wie man mit Menschen umgeht, wenn es ihnen schlecht geht in diesem Staat. Die Zivi-Zeit bei einem freien Träger der Jugendhilfe war also ein weiterer Auslöser für ihn, sich später politisch zu betätigen.

Nun ist „Wolle“ nicht der Mensch, der mit dem Parteiprogramm „bewaffnet“ durch die Lande zieht, um die Menschen zu „bekehren“. Seine Sache ist mehr die, sich auf den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen für die Menschen einzusetzen, zu helfen. Und da hat er wohl ein grundsätzliches Problem: Er sieht das Wohl und Wehe der anderen Menschen – nie, oder kaum sein eigenes. „Ich hab’ einen Sprachfehler – ich kann nicht nein sagen“, grinst „Wolle“. So ließ er oft zugunsten anderer sein Studium der „Publizistik, Politikwissenschaften und Soziologie“ an der Freien Universität hintenanstellen.

Viele – zu viele (?) – kennen diese Charaktereigenschaft des Stefan Wollenberg. Und die wussten und wissen, dass er immer da ist, wenn seine Mitarbeit, seine Hilfe gebraucht wird. Das ging schon 1998 los. Da verballerte er seinen Urlaub für den Wahlkampf der PDS. Wenigstens überzeugte sein Engagement, seine Tatkraft auf diesem Sektor. So wurde er ab 1999 bis nach dem Landtagswahlkampf

## Er kann nicht „nein“ sagen

Vorgestellt: Stefan Wollenberg, stellvertretender Kreisvorsitzender DIE LINKE

2004 Jugendwahlkampfleiter der Linkspartei für das Land Brandenburg.

Vieles hat sich verändert, resümiert Stefan Wollenberg, wenn er an diese Aufgabe denkt. „Wenn ich allein an die Anfeindungen 1998/99 denke. So wie ‚alte SED – Schuld an allem‘ von Mauer, Schießbefehl und ähnlichem“, erzählt er. „Und ich war man gerade 20. Was hatte denn nun ich damit zu tun?!“, so „Wolle“. Das sei heute schon anders, erklärt der Dreißigjährige. „Wir waren z. B. 2006 in Baden-Württemberg im Wahlkampf. Da gab’s freundliches Interesse. Wir wurden nicht mehr beschimpft. Schon gar nicht ignoriert!“ Stefan und die anderen Wahlkämpfer hatten sich nicht mehr auf Schritt und Tritt für die Probleme aus DDR-Zeiten zu rechtfertigen. Und die ständig gewachsene Akzeptanz zeigt sich nicht zuletzt in den jüngsten Wahlergebnissen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg.

Doch bleiben wir hier in Potsdam. Stefan Wollenberg ist gern Schlaatzler. „Wenn ich auf meinem Balkon am Bismarkiez im 5. Stock stehe, dann habe ich einen tollen Weitblick bis fast nach Berlin rein“, erklärt er. Und dass er sich insgesamt wohl fühlt am Schlaatz. „Der Schlaatz ist wesentlich besser als sein Ruf“, kommentiert er. Man könne preiswert, sehr verkehrsgünstig und -beruhigt wohnen. Für die Kinder seien genügend Spielmöglichkeiten vorhanden. Daran hat er ein spezielles Interesse. Ist er doch stolzer Vater einer siebenjährigen Tochter. Mit der Kleinen verbindet ihn sehr, sehr viel. Und wie soll es anders sein: „Wolle“ konnte auch an der Schule der Tochter (Waldstadt) nicht nein sagen –



und wurde Elternvertreter. Und das Einkaufsproblem werde sich auch noch klären. Dafür will er sich als LINKER ebenfalls einsetzen. „Viel wurde bereits erreicht. Der Schlaatz hat sich gemauert in den letzten zehn Jahren“, so Stefan Wollenberg. Er sei „bunter“ geworden, meint er. Straßen- und Innenhöfe wurden annehmbar gestaltet. Die Spielmöglichkeiten für die Kinder, erwähnt er. Der Schlaatz sei besonders reizvoll für junge Familien mit Kindern, meint der Dreißigjährige. Auch deshalb wohnt Stefan Wollenberg in diesem Wohngebiet. Beruflich ist er „auf dem Berg“ – spricht: er ist persönlicher Mitarbeiter des LINKEN Landtagsabgeordneten Peer Jürgens. „Ein sehr interessanter und vielseitiger Job“, meint Stefan Wollenberg. Dass er auch diesen sehr ernst nimmt, erübrigt sich zu bemerken. Und er setzt sein Engagement fort, indem er in den Kommunalwahlen für die Potsdamer SVV kandidieren will. Gut so, denn er ist der richtige Mann für diese Aufgabe, denken wir. -bm-

## Clara Zetkin mal anders und für viele neu

Welcher Anlass wäre geeigneter, um über Clara Zetkin zu reden, als der von ihr initiierte Internationale Frauentag? Und welch ein Glücksfall, dass es wenigstens französische Autoren gibt, die sich mit ihr beschäftigen. 1993 erschien in Frankreich und 1994 auch beim Dietz Verlag Berlin eine Biografie von Gilbert Badia. Eine der Übersetzerinnen ins Deutsche war Dr. phil. Florence Hervé, Germanistin aus Frankreich, seit vielen Jahren in Düsseldorf lebend.

2007 gab Florence Hervé, wieder im Dietz Verlag, ihr Buch „Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist“, heraus. Und am 11. März war sie bei uns zu Gast im Haus der LINKEN in der Alleestraße. Das Thema „Frauen in der Politik gestern und heute“ bestritten zunächst Anita Tack und Brigitte Oldenburg, die aus ihren Erfahrungen im Landtag und in der SVV berichteten.

Dann aber Florence Hervé! Wie sie den Zuhörern Clara Zetkin nahe brachte, wie sie den Umgang mit ihr im heutigen Deutschland einschätzte, wie sie sich für die beiden noch teilweise erhaltenen Gedenkorte in Birkenwerder und in Wiederau einsetzt, das war bewundernswert. Die vorhandenen Exemplare des Buches waren jedenfalls am Ende der Veranstaltung verkauft und mit Widmung versehen. Einen Eindruck, wie Florence Hervé sich dem Thema Clara Zetkin genähert hat, gibt der Text von der Rückseite ihres Buches, den ich zum Abschluss zitieren möchte, verbunden mit dem Dank für einen schönen politischen Nachmittag:

„Kein Redakteur im heutigen Deutschland würde es wagen, diese Frau in eine Talkshow einzuladen. Diese Frau war Opposition per se: Frauenrechtlerin, revolutionäre Sozialistin, Initiatorin des Internatio-

nalen Frauentags, Kriegsgegnerin, Kommunistin in der Tradition Rosa Luxemburgs, 1932 von den Nazis attackierte Alterspräsidentin des Deutschen Reichstags. Clara Zetkin (1857 bis 1933), vor 1914 die »grande dame« der deutschen Sozialdemokratie, nach 1918 umstrittene und streitbare Persönlichkeit des deutschen Kommunismus, ist immer noch unbequem. Denn es lohnt sich, ihre Thesen zur Frauenerwerbstätigkeit, zur Schulbildung, zu Krieg und Frieden oder zum Faschismus neu zu entdecken. Nicht zuletzt dafür wird sie abgestraft: mit dem Ausschluss aus dem Erinnerungskanon. Trotzdem hallt der Name Clara Zetkins aus dem vergangenen Jahrhundert herüber, signalisiert er doch immer noch auch denen, die sonst nichts wissen, eines: Widerstand. Dafür wird sie von den einen abgelehnt, von den anderen geliebt.“

Dr. Klaus-Uwe Gunold

## Internationaler Kinderbuchtag

April 1967

Seit 1967 wird am 2. April, dem Geburtstag von Hans Christian Andersen, auf Initiative des International Board on Books for Young People (IBBY) der Internationale Kinderbuchtag (International Children's Book Day) begangen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das wichtige Medium „Kinderbuch“ zu lenken und durch Aktivitäten aller Art die Lust am Lesen zu fördern.

Der IBBY ist eine Non-Profit-Organisation, die ein weltweites Netzwerk zum

Thema Kinderliteratur und Leseförderung geschaffen hat. Sie ist in nationale Sektionen eingeteilt. Deutsche Sektion ist der Arbeitskreis für Jugendliteratur in München, der u.a. die Jury für den Deutschen Jugendliteraturpreis stellt. Auch der IBBY vergibt alle zwei Jahre einen berühmten Preis: Die Hans-Christian-Andersen-Medaille. Jedes Jahr hat eine andere nationale Sektion Gelegenheit, Sponsor des Kinderbuchtages zu sein. Sie entscheidet sich für ein Thema und bittet

einen prominenten Autor, eine Botschaft zu schreiben an die Kinder der Welt und einen bekannten Illustrator, ein Plakat zu entwerfen.

Auch für alle öffentlichen Bibliotheken und Schulbibliotheken hier bei uns ist der Internationale Kinderbuchtag eine gute Gelegenheit, mit Veranstaltungen und Ausstellungen auf das Medium Kinderbuch hinzuweisen.

## „Wer auch nur ein einziges Leben rettet...“

April 1908

Oskar Schindler, der Fabrikant, der vielen Juden das Leben rettete, wurde als Fabrikantensohn am 28. April 1908 in der böhmisch-mährischen Kleinstadt Svitavy (damals: Zwittau) geboren. Schindler erwarb 1939 die „Deutsche Emailwaren Fabrik“ (DEF), die er wegen der guten Auftragslage für das Militär 1941 erweiterte. Neben vielen polnischen Arbeitern stellte er auch Juden ein, die damals in den Ghettos zusammengefasst wurden. Er war Augenzeuge der Grausamkeiten der Nazis bei der Räumung des Ghettos in Zwittau. Daraufhin entschloss er sich, auf seinem

Firmengelände ein Lager für seine Arbeiter mit humanen Lebensbedingungen zu errichten. Dafür bestach er auch des öfteren die SS. Im Sommer 1944 sollte sein Lager Plaszow ebenso wie das Nebenlager Emalia aufgelöst werden. Um „seine“ Arbeiter, die größtenteils schon in verschiedene Konzentrationslager verschleppt waren, am neuen Firmenstandort Brünnlitz wieder zusammenzuführen, ließ er „Schindlers Liste“ anfertigen und bestach viele SS-Männer mit Schnaps, Schinken, Tabak und Kaffee vom Schwarzmarkt.

1200 Menschen hat er das Leben geret-

tet. Nach dem Krieg arbeitete Schindler einige Jahre als Tierzüchter in Argentinien, dann als Handelsvertreter wieder in Deutschland. Oftmals besuchte er „seine“ Juden in Jerusalem. Dort wurde er auf dem römisch-katholischen Friedhof begraben.

Oskar Schindler starb am 9. Oktober 1974. Einige der Juden, die er gerettet hatte, schenken ihm am 8. Mai 1945 einen aus Zahngold gefertigten Ring mit dem eingravierten Talmudspruch: „Wer auch nur ein einziges Leben rettet, rettet die ganze Welt“.

## Judenboykotte Anfang April 1933

April 1933

Am 1. April 1933 um 10 Uhr – an einigen Orten schon am Abend vorher – standen überall in deutschen Städten uniformierte, teils auch bewaffnete SA-, HJ- und Stahlhelm-Posten vor jüdischen Geschäften, Arzt- und Anwaltspraxen und hinderten etwaige Kunden den ganzen Tag lang daran, diese zu betreten. Schilder und Plakate forderten: Deutsche! Wehrt euch! Kauft nicht bei(m) Juden! – Die Juden sind unser Unglück! – Meidet jüdische Ärzte! – Geht nicht zu jüdischen Rechtsanwälten! Diese Parolen verbreiteten andere Uniformierte derselben Gruppen auch mit Sprechchören und über Lautsprecherwagen in den Straßen.

Doch das Regime hatte übersehen, dass dieser Tag auf einen Samstag und damit auf den jüdischen Sabbat fiel, an dem gläubige Juden möglichst nicht arbeiten. Daher blie-

ben viele jüdische Geschäfte ohnehin geschlossen oder schlossen früh. So blockierten die SA-Trupps oft verriegelte Räume und Schaufenster. Diese wurden in unbelebten Seitenstraßen und ländlichen Gegenden – wie schon in den Wochen zuvor – oft zertümmert, die Auslagen geplündert und die Inhaber misshandelt. Dies betraf trotz Verbots auch Geschäfte ausländischer, besonders osteuropäischer Juden.

Unter Berufung auf erwartete „Störungen der Rechtspflege“ hatten die Reichskommissare der Justizverwaltungen von Bayern und Preußen am Vortag „in überraschender Einheitlichkeit“ Hausverbote für jüdische Rechtsanwälte erteilt und Richter zwangsbeurlaubt. In einigen Städten brachen bewaffnete SA-Trupps in Gerichtsgebäude ein und vertrieben noch anwesende jüdische

oder für sie „jüdisch“ aussehende Personen. Sie besetzten auch die Geschäftsstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie und zwangen den jüdischen Geschäftsführer und jüdische Vorstandsmitglieder zum Ausscheiden.

Mutige Kunden jüdischer Geschäfte wurden gezielt eingeschüchert, mit Gewalt und Repressalien bedroht. In einigen Städten wie dem sächsischen Annaberg drückten SS-Angehörige ihnen einen Stempel mit der Inschrift „Wir Verräter kauften bei Juden“ ins Gesicht.

Abends wurde der Boykott abgebrochen und die Wachposten abgezogen. Er wurde auch wegen der meist passiven Bevölkerung nicht wie geplant nach einer Dreitägspause fortgesetzt, sondern am 4. April offiziell für beendet erklärt.

## Redakteur, Politikommisar und Wirtshausliterat

April 1883

Jaroslav Hašek, der geistige Vater des „Schwejk“, wurde am 30. April 1883 in Prag, ganz in der Nähe des Wenzelsplatzes, geboren. Sein Vater war Lehrer und Versicherungsmathematiker. In seiner Jugend verfasste er Beiträge für eine anarchistische Zeitschrift, sattelte aber dann um und erfind als Redakteur einer Zeitschrift für Kleintierhalter exotische Tiere, über die er mit ernsthaften Experten korrespondierte. Er gründete eine „Partei des maßvollen Fortschritts im Rahmen der Gesetze“, bei deren feucht-fröhlichen Versammlungen sich u. a. auch Franz Kaf-

ka amüsierte. Während des Ersten Weltkriegs desertierte er, um als russischer Politikommisar diverse revolutionäre Zeitschriften in verschiedenen Sprachen herauszugeben. Doch die Revolution enttäuschte ihn, und er kehrte nach Prag zurück. Mit ca. 1500 humoristischen Kurzgeschichten verdiente er sich seinen Lebensunterhalt. Ein paar Jahre vor seinem Tod zog er sich in das böhmisch-mährische Grenzstädtchen Lipnice zurück und schrieb an seinem satirischen Schelmen- und Militärroman „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“, der ab 1921 in

Fortsetzungen erschien. Es ist die Geschichte des kleinen Mannes, der Militär und Staatsmacht der K.-u.-K.-Monarchie durch Über-Loyalität ad absurdum führt. Bis heute ist diese Geschichte, die mit Heinz Rühmann als Schwejk erfolgreich verfilmt wurde, in über 60 Sprachen übersetzt worden. Hašek, Trinker, Flaneur, Bohemien und überzeugter Wirtshausliterat, starb, noch keine 40 Jahre alt, am 3. Januar 1923 in seinem Haus in Lipnice, heute Gedenkstätte eines der weltweit berühmtesten Tschechen.

-b.m.-

## Unterschriftenaktion „Keine Sozialgerichts- gebühren“

Der Landesparteitag der LINKEN hat sich mit lediglich einer Enthaltung und ohne Gegenstimme für die Beteiligung an der Unterschriftenaktion der Gewerkschaft ver.di „Keine Sozialgerichtsgebühren“ ausgesprochen. Dabei geht es um die Verhinderung der Einschränkung der Prozesskostenhilfe für Bedürftige. Dies betrifft nicht nur die Verfahren vor den Sozialgerichten gegen die Hartz IV-Bescheide, sondern alle Verfahren, egal ob Unterhaltsforderungen, Verfahren gegen Vermieter und Arbeitgeber, wegen Unfällen oder anderen Gründen. Sollte diese Gesetzesinitiative der CDU-geführten Bundesländer durchkommen, wird für viele Bürger die Durchsetzung ihrer Rechte vor Gerichten unmöglich gemacht. Daher ist es uns ein großes Anliegen, dass der Rechtsstaat und der Zugang zu den Gerichten für alle Bürger, und nicht nur für die Bürger mit gut gefülltem Geldbeutel, möglich bleiben muss. Vorliegend geht es nicht nur um erneute Einsparungen zu Lasten der Armen und Bürger mit geringen Einkommen, sondern zusätzlich um die Verweigerung ihrer an sich vom Grundgesetz geschützten Rechte.

## Ablehnung von Pflegeleistungen

Lehnt die Pflegeversicherung den Antrag auf Pflegeleistungen oder die Höherstufung ab, sollten sich die Pflegebedürftigen und Angehörigen nach einer Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten dagegen wehren.

Der Medizinische Dienst der Krankenkassen prüft im Auftrag der Pflegeversi-



Unser Autor, Gerd Klier, ist Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht sowie Mitglied der SVV Neuruppin, Fraktion DIE LINKE

derung, ob die Voraussetzungen für die beantragte Pflegestufe erfüllt sind. Gegen den Bescheid der Pflegeversicherung kann innerhalb eines Monats Widerspruch eingelegt werden. In diesem Rahmen kann Akteneinsicht in die Verwaltungsakte, insbesondere in das Gutachten des Medizinischen Dienstes beantragt werden. Grundsätzlich übersenden die Pflegeversicherungen auf Anforderung eine Kopie dieses Gutachtens. Anhand dieses Gutachtens können die Betroffenen dann prüfen, ob sämtliche Pflegeleistungen und der vollständige zeitliche Umfang der erforderlichen Pflege erfasst wurden. Zur Verbesserung der Erfolgsaussicht des Widerspruchs sollte genau begründet werden, welche Pflegeleistungen und der hierfür erforderliche Zeitaufwand aus welchen Gründen notwendig sind. Lehnt die Pflegeversicherung auch den Widerspruch ab, kann gegen den Widerspruchsbescheid innerhalb eines Monats Klage beim Sozialgericht eingereicht werden. Dieses überprüft nochmals die Richtigkeit des Bescheides und des Widerspruchsbeschei-

des und lässt im Einzelfall ein weiteres Gutachten zum Umfang der Pflegebedürftigkeit erstellen.

## Abfindung nach Kündigung

Arbeitnehmer können in Folge einer Kündigung einen Abfindungsanspruch gegen ihren Arbeitgeber haben. Ob und in welcher Höhe eine Abfindung zu zahlen ist, ist immer am konkreten Einzelfall zu bestimmen. Sofern bereits im Arbeitsvertrag eine Abfindungsregelung getroffen wurde, geht aus dieser hervor, wie hoch die Abfindung ist. Solche Vereinbarungen sind sehr selten. Häufiger schließen Betriebs- oder Personalräte mit den Arbeitgebern Sozialpläne zu Abfindungen. Aus diesen ergeben sich die Ansprüche der Arbeitnehmer.

Seit der Einführung des § 1a des Kündigungsschutzgesetzes kann der Arbeitgeber in eine betriebsbedingte Kündigung schreiben, dass er eine Abfindung in Höhe von 0,5 Monatsverdiensten zahlt, wenn der Arbeitnehmer keine Kündigungsschutzklage erhebt.

Ein weiterer Grund für eine Abfindungszahlung kann sein, dass eine Kündigungsschutzklage mit dem Ergebnis der Unwirksamkeit der Kündigung erhoben wurde, jedoch dem Arbeitgeber oder dem Arbeitnehmer eine Weiterbeschäftigung nicht zumutbar ist.

Am häufigsten kommt es zu Abfindungszahlungen, wenn der Arbeitnehmer eine Kündigungsschutzklage erhoben hat und der Arbeitgeber ein hohes Risiko hat, das Gerichtsverfahren zu verlieren. Dann sind viele Arbeitgeber bereit, sich mit einer Abfindung dieses Risiko abzukaufen. Die Höhe dieser Abfindung hängt von den individuellen Chancen und Risiken im jeweiligen Gerichtsverfahren ab und ist eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

## Keine Vermischung der Funktionen

Zu den Äußerungen der Vorsitzenden des Sozialausschusses, Klara Geywitz, SPD, sich im Zusammenhang mit der vorgesehenen Neuausschreibung der Stelle des Behindertenbeauftragten auch die Frage zu stellen, ob die bestehende Aufteilung in jeweils Extra-Baufträge für Frauen, Ausländer und Behinderte so bestehen bleibe, erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Stadt-Fraktion DIE LINKE, Jana Schulze: **Kein/e Frauenausländer-behindertenbeauftragte/r!**

In den vergangenen Jahren wurde mehr als deutlich, welche schwierigen Prozesse ein Beauftragter für Menschen mit Behinderungen zu begleiten hat. Die Nachrichten überschlugen sich bei Bauabnahmen, Erstellung von Berichten, dem Stadtführer für Menschen mit Behinderungen, der Erfüllung der Erklärung von Barcelona.

Eine Vermischung dieser Aufgaben wird es mit der LINKEN nicht geben.

Was Potsdam nicht braucht, ist ein/e Frauenausländerbehindertenbeauftragte/r. In der Bündelung dieser Funktionen sehen wir einen weiteren Rückschritt von Chancengleichheit in Potsdam.

J.S.

## Kein Ausbau von Havel und Spree!

Flüsse sind die Lebensadern unserer Landschaft. Sie bieten einer Vielzahl seltener oder vom Aussterben bedrohter Tier- und Pflanzenarten Lebensraum. Doch sie sind gefährdet. „Politik und Binnenschiffahrtslobby treiben den Ausbau der Flüsse für die Binnenschiffahrt immer weiter voran“, kritisiert der Umweltverband BUND.

Geplant ist der Bau einer durchgehenden Wasserautobahn zwischen Magdeburg und Berlin. Das trifft auch unsere Brandenburgischen Gewässer: Havel und Spree sollen im Rahmen des „Verkehrsprojekts Deutsche Einheit Nr. 17“ (VDE 17) ausgebaut werden. Die Landtagsabgeordnete der LINKEN, Anita Tack, hält das Festhalten von Minister Dellmann an diesem Projekt für einen „verkehrspolitischen Irrweg“. „Entgegen allen neueren Prognosen zum Schifffahrtsaufkommen,

gegen eine breite Bewegung für den Erhalt der natürlichen Umwelt an der Havel und gegen die Bedenken des Berliner Senats zur Weiterführung des Vorhabens“ unterstützte der Minister immer noch VDE 17, bemängelt die linke Verkehrsexpertin.

Erklärtes Hauptziel der Ausbauplanungen ist es, die Transportkosten zu senken. Damit soll das Schiff gegenüber dem LKW und der Bahn wieder konkurrenzfähig werden. Die Planer behaupten, das sei nur mit immer größeren Schiffen möglich. Allerdings ist die Planungsgrundlage schon alt. Die Zahlen sind aus dem Jahr 1989 und die Prognosen der zu transportierenden Mengen aus dem Jahr 1992. Dazu kommt der – gegenüber der Bahn – deutlich höhere Energieverbrauch. Auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß und die übrige Schadstoffbilanz der Schifffahrt

sind weit negativer als bei der Bahn. Ökologisch und ökonomisch ist VDE 17 ein kritisierenswertes Projekt.

Wegen dieser negativen Folgen auf Natur und Landschaft, Wasserhaushalt und öffentliche Gelder haben gegen VDE 17 engagierte FlussretterInnen von Anfang an Widerspruch angemeldet. Mit Erfolg: Seit 1992 hat das „Aktionsbündnis gegen den Havelausbau“ basisdemokratische Kontrolle und bürgerschaftlichen Einfluss auf die Maßnahmen geltend gemacht. Seit Dezember protestieren UmweltschützerInnen, PolitikerInnen der LINKEN und andere Verbündete gemeinsam. Die Kampagne „Stopp Havelausbau!“ soll der Ausbaulobby Paroli bieten.

Christian Rehmer (LAG Umwelt)

Infos sind zu finden unter:  
[www.stopp-havelausbau.de](http://www.stopp-havelausbau.de)



## Drohende Zuwendungskürzung im Bürgerhaus am Schlaatz

Für weitere Informationen steht Ihnen Barbara Rehbehn, Geschäftsführerin, Tel.: 0331/81719-21 und 0176/21231665, gerne zur Verfügung  
Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH.  
Schilfhof 28, 14478 Potsdam  
Tel.: 0331/81 71 9-0;  
www.buergerhaus-schlaatz.de

Mit dem Haushalt 2008 wurde die Förderung der Bürger- und Begegnungshäuser in Potsdam zusammengefasst.

Zuvor wurden die sechs Potsdamer Bürgerhäuser aus unterschiedlichen Fachbereichen gefördert. Durch die gebündelte Förderung ist eine fachliche Begleitung und Entwicklung der Arbeit möglich.

Diese grundsätzlich positive Entwicklung führte jedoch zu einer faktischen Zuwendungskürzung für die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH.

Im aktuellen Haushaltsentwurf der LH Potsdam sind 30.000 € weniger als im Mittel der letzten Jahre für Sach-, Betriebs- und Personalkosten des Bürgerhauses am Schlaatz geplant.

Vorgesehen ist, dass in 2008 erstmalig an den KIS eine Miete für das Haus gezahlt wird. Bisher wurden die Räume als sogenannte „geldwerte Sachleistung“ ohne tatsächliche Mietzahlungen zur Verfügung gestellt.

Auf den ersten Blick scheint daher die

Zuwendung erhöht worden zu sein. Doch nach Abzug der neu zu zahlenden Mietkosten bleibt eine Kürzung von 30.000 €.

Eine Reduzierung in dieser Höhe ist für die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH Existenz gefährdend. Die umfangreichen und vielfältigen Kultur-, Begegnungs- und Sportangebote für alle Generationen, die Arbeit für den Stadtteil und die Stadt Potsdam, die Unterstützung vieler kleiner und größer Vereine und Gruppen, die im Bürgerhaus ein Zuhause gefunden haben,

kann nicht weitergeführt werden, wenn die geplante Kürzung der kommunalen Zuwendungen Wirklichkeit werden sollte.

Dies sieht auch die Schlaatzter Stadtteilkonferenz so, die am 07. März zusammen gekommen ist und die Stadtverordneten in einem offenen Brief auffordert, die Zuschussenkürzung rückgängig zu machen. Im Bürgerhaushalt wird sogar eine Verbesserung der Förderung der Bürgerhäuser und Bürgertreffs gefordert. (Vorschlag Nr. 20)

Verschiedene Stadtverordnete haben schon signalisiert, dass sie sich in den nun anstehenden Haushaltsberatungen für die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH und gegen eine Zuwendungskürzung einsetzen werden.



## Vorgestellt: „Die Meise“ in der Waldstadt

Wer in der Waldstadt auf die Pirsch geht, kann viel entdecken. Jede Menge Grün vor allem. Doch hinter den Büschen und Hecken verbirgt sich auch die eine oder andere Überraschung. Eine Meise zum Beispiel. Nein, kein Vogel. Gemeint ist vielmehr DIE MEISE – das Gartenlokal mit Saloon-Charakter im Meisenweg.

„Die Meise“ hat eine lange Tradition in der Waldstadt. Nachdem 1983 das Vereinshaus der Siedlersparte „Einheit e.V.“ abgebrannt war, entstand an gleicher Stelle das heutige Lokal. Es diente den Waldstädtern als Treffpunkt für alle Gelegenheiten. Seit August 2006 wird „Die Meise“ von Heiko Prause geführt. Und dass Heiko und sein Team Freude beim Arbeiten haben, merkt man dem urigen Gartenlokal auch an. Liebevoll im amerikanischen Stil dekoriert, gibt sich die eine Hälfte der „Meise“, wo Blockhaus-Atmosphäre in den Wilden Westen entführt. In einem Nebenraum darf gespielt werden – Billardtische und Dartautomaten stehen dafür bereit. Wunderbar gegensätz-



Heiko Prause am Zapfhahn.

Foto: T.E.

lich ist die zweite Hälfte des Lokals. Gemütliche Sitzcken mit Ledercouch und Holztischen laden Jung und Alt gleichermaßen ein. Kalte Winterabende kann man bei einem Glas Wein oder Bier am wärmenden Kamin verbringen.

Für alle Altersgruppen ist auch die Karte gedacht. „Leckere regionale Speisen zu kleinen Preisen“ – darauf legt Heiko besonderen Wert. Am Wochenende gibt es zusätzlich zum kulinarischen Angebot auch noch beste Unterhaltung. Regelmäßige Themenabende wie „Weinverkostung“, „Thailändischer Abend mit Massageangebot und Karaoke“ oder Line-Dance sowie Live Musik locken regelmäßig vor allem Gäste ab 30 in „Die Meise“. Wer noch ein geselliges Hobby bei schwungvoller Musik sucht, ist hier ebenfalls genau richtig. Von Mittwoch bis Freitag finden Line-Dance-Kurse statt. „Abschalten vom Alltag und Freude am Leben!“ das ist das Motto der Meise für ihre Gäste.

Die Spezialität der „Meise-Crew“ ist die Ausrichtung von Feiern aller Art. Ob Geburtstag, Hochzeit oder Jugendweihe – zu angenehm günstigen Pauschalen werden bis zu 100 Leute in einer liebevoll geschmückten Umgebung persönlich bedient und betreut.

C.P.

## Es geht wieder voran!

Im Gespräch: Dieter Degenkolbe,  
Direktor der Fontane-Oberschule, Waldstadt II

In der Oktoberausgabe der „PaS“ (S.8) haben wir ausführlich über den problemgeladenen Umzug der beiden 10. Klassen der geschlossenen Marie-Curie-Oberschule in die Oberschule mit integrierter Primarstufe „Theodor Fontane“ berichtet. Es ist an der Zeit nachzufragen, wie sich die Situation heute darstellt. Dazu sprach die Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE, Hella Drohla, mit dem Schulleiter, Herrn Dieter Degenkolbe (kl. Foto).

**Herr Degenkolbe, wie schätzen Sie die Entwicklung der Fontane – Oberschule nach dem Leitungswechsel zum Schuljahresbeginn 2007/08 ein?**

Das befürchtete Chaos im Verhaltensbereich der Schüler, im Miteinander der Schülerschaft der beiden Schulen blieb aus. Die neu erarbeitete Hausordnung wird mit kleinen Abstrichen von allen Schülern akzeptiert. Nach wenigen Wochen bildeten sich normale Beziehungen auch zwischen den Klassen der unterschiedlichen Schulen heraus. Es ist kein markanter Fall bekannt, wo Schüler Mitschüler aufgrund ihrer Schulzugehörigkeit diskriminiert haben. Die Schüler der Fontane-Oberschule hatten und haben kein Problem im Umgang mit den „Neuzugängen“. Die im Vorfeld des Überganges geäußerten Befürchtungen sind nicht eingetreten.

**Wie gestaltete sich der Übergang hinsichtlich des Lernens bei den Schülern der 10.Klassen?**

Der Beginn des Schuljahres verlief nach Meinung der Schüler problematisch, was den organisatorischen Ablauf betraf. Die Schüler waren in der Curie-Oberschule an das Fachunterrichtssystem gewöhnt, und auch die Teilnahme am Ganztagsprogramm war gewöhnungs-

bedürftig. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird von den Schülern eingeschätzt, dass sie sich nach der ersten Eingewöhnungsphase gut aufgehoben fühlen. Die Lehrer werden als nett und hilfsbereit sowie verständnisvoll beschrieben. Dennoch bleibt generell festzustellen, dass eine solche Lernverlagerung, wie sie für die Schüler der Klassen 10c und 10d erfolgte, grundsätzlich vermieden werden sollte. Die betroffenen Schüler wurden durch diese Maßnahme objektiv in ihrer Schullaufbahn benachteiligt. Dazu kam, dass in den Fächern Geschichte und Politische Bildung im ersten Halbjahr der Unterrichtsausfall so hoch war, dass keine Halbjahresnoten erteilt werden konnten. Die Schüler mit Migrationshintergrund mussten trotz Anspruch und Zuweisung der Stunden auf Deutschförderung verzichten, weil das Lehrerpotential an der Schule nicht vorhanden war. Die vorher an der Curie-Oberschule vorhandenen Strukturen ließen sich nicht auf die Fontane-Oberschule übertragen.

**Wo liegen derzeit Ihre Schwerpunkte?**

Das Kollegium plant, neben den Naturwissenschaften auch die Unterrichtsräume für die Kernfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu konzentrieren. Die Schüler sollen den Fachunterricht in Räumen erhalten, in denen alle für einen modernen Unterricht notwendigen Materialien und moderne Technik stationiert sind.

Wir haben das früher in der Curie-Oberschule erfolgreich gelaufene „Präventive Schul- und Trainingsprojekt“ (PST) des BuS e.V. für Schulverweigerer beantragt und hoffen auf Genehmigung. Es ist sinnvoller, jetzt in lernunwillige Kinder und Jugendliche zu investieren und



sie über das Lernen in der Praxis zu einem Schulabschluss zu führen, als sie ohne Abschluss in ein Leben als Hartz-IV- Empfänger zu entlassen.

Und wir erwarten von unserem Staatlichen Schulamt eine langfristige, kontinuierliche Personalpolitik! Es darf nicht sein, dass durch lange Erkrankung, Erreichen des Rentenalters oder Teilzeitarbeit vorhersehbare Ausfälle von Kollegen zu anhaltendem Unterrichtsausfall führen.

**Was möchten Sie als besonders lobenswert hervorheben?**

Die gute, kollegiale Zusammenarbeit mit einem stark motivierten und einsatzbereiten Kollegium! Es wurden gemeinsam Regeln und Normen für den Schulalltag geschaffen, die nun eingehalten werden, so dass eine vernünftige Lernatmosphäre herrscht. Es gibt eine erfreulich große Vielzahl von außerunterrichtlichen Aktivitäten, und unbedingt erwähnen möchte ich die gute Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Waldstadt II.

**Herzlichen Dank für das Interview und weiterhin viel Freude und Erfolg beim Lernen für die Schüler, Lehrer und Erzieher der Fontane-Oberschule!**

*PS.: In einem Brief des Kollegiums an das Schulverwaltungsamt Potsdam heißt es: „Diese im Wesentlichen positive Entwicklung war nur möglich, weil Herr Degenkolbe als Schulleiter mit den Schülern und Kollegen zu uns wechselte ... Durch sein Wirken hat die Fontane-Oberschule jetzt eine intakte Schulleitung, die eng mit den Kollegen zusammenarbeitet.“*

## Neues aus der Ravensberg-Schule

Ganz still, auf Samtpfoten, wird neues Leben in der ehemaligen Benz-Oberschule am Ravensbergweg einziehen. Leider haben auch die Stadtverordneten erst aus der städtischen Broschüre „Bildungsangebote der Grundschulen und der weiterführenden Schulen mit Primarstufe“ für das Schuljahr 2008/09 überraschend Kenntnis darüber erhalten. In die alten Schulmauern wird die Internationale Grundschule – primary school, die bisher in der August-Bier-Straße in Babelsberg ihren Standort hatte, Einzug halten. Diese Information ging selbst am Jugendamt vorbei, die für das Gebäude eine Nutzung für Hortkinder in ihrer Planung vorgesehen hatten. Dadurch geriet nicht nur die integrierte Kita- und Hortbedarfsplanung in zeitlichen Verzug, auch die Schulentwicklungsplanung stieß an ihre Grenzen. Schade, wieder ein städtisches Gebäude weniger, welches für Bildung und Erziehung dringend nötig ge-



wesen wäre. Nun ist der Nagel im Brett eingeschlagen, und wir müssen zeitnah sehen, wo wir die Hort-Kinder möglichst nicht in Doppelnutzung von Schulräumen als Horteinrichtung unterbringen werden.

Leider wird auch das Gebäude in der

August-Bier-Straße nicht für eine Hortbetreuung zur Verfügung stehen. In diesen Räumen eröffnet die Internationale Schule ihre Kita mit 57 Plätzen. Wenigstens ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein, denn auch Kita-Plätze sind in Potsdam Mangelware. -j.s.-



## Im „zweiten Zuhause“

Besuch im Haus der Generationen und Kulturen im Milanhorst am Schlaatz

### Kontakt:

Haus der Generationen und Kulturen  
Milanhorst 9  
14478 Potsdam  
Tel: 0331 - 5504169

„Wenn du russisch sprichst, hast du kein Problem hier“, begrüßt mich der Leiter des „Hauses der Generationen und Kulturen“ im Wohngebiet Am Schlaatz, Friedrich Reinsch. „Wir haben hier viele Besucher, die ursprünglich aus der alten Sowjetunion kommen“, erklärt er. Und er zeigt mir stolz sein „Reich“ am Milanhorst.

Bereits vor der Tür kündigt ein großes Schild von dem seit 2006 existierenden Begegnungszentrum. „Das Haus stand lange leer. Danach war hier ein Seniorentreffpunkt der AWO“, erzählt der Drei- und sechzigjährige. Die GEWOBA suchte dann einen neuen Verwendungszweck – möglichst auf dem sozialen Sektor.

„Unser Haus ist heute ein Ort der Gemeinschaft für die Menschen am Schlaatz. Ihre vielfältigen Interessen, Wünsche und Ideen sind es, die das Haus lebendig machen – und durch ihre ehrenamtliche Mitarbeit täglich neu verwandeln“, erklärt Reinsch weiter.

Im Haus sind auch an unserem Besuchstag viele Leute zu treffen. Da sitzt ein Kreis von Schlaatzern zusammen unter dem Motto „Gesund altern“.

In der kleinen Bibliothek ordnet eine russisch-sprachige Frau Bücher. Gleich daneben basteln zwei Frauen Ostergrüße, und -geschenke. Und im Computerkabinett sitzen zwei Schwarzafrikaner am PC. Die Verbindung zur Heimat ist schon wichtig. Und wenn's nur über Internet ist.

Das Haus wird zum vertrauten Wohnzimmer des Stadtteils, wenn Nachbarn miteinander plaudern, Jung und Alt einander zuhören, Nationalitäten sich kennen und verstehen lernen.

Träger des Hauses ist der Verein Soziale Stadt Potsdam e. V.. Der Verein sieht den Schwerpunkt seiner Tätigkeit in solchen Stadtteilen, in denen Menschen leben, die wegen ihrer sozialen Situation, wegen ihrer Bildung oder wegen ihrer Herkunft bei ihrer Interessenvertretung eingeschränkt sind. Diese Menschen sollen in die Lage

versetzt werden, ihre Interessen selbstbewusst und eigenständig zu vertreten und durchzusetzen.

So ist einerseits das Haus mit seinen Angeboten zum vertrauten „Wohnzimmer“ geworden. „Andererseits gehen wir auch zu den Menschen nach Hause“, sagt Friedrich Reinsch. Gesprächsgruppen besuchen besonders soziale Problemfälle. Im vertrauensvollen Gespräch werden die Sorgen und Nöte festgestellt. Und – wenn möglich – gemeinsam Wege zur Lösung gesucht. „Je ärmer die Menschen sind, desto weniger Selbstvertrauen haben sie“, meint Friedrich Reinsch. Die Vor-Ort-Besuche haben also u. a. den Sinn, den Einzelnen zu stärken, ihn aus der oft selbst auferlegten Isolation zu reißen. „Alles schimpft auf die sogenannten Plattenbausiedlungen“, meint Friedrich Reinsch. „Aber neben der oft als negativ empfundenen Enge haben diese Wohnverhältnisse auch etwas Positives – die Nähe der Menschen zueinander.“

Und letztlich findet der Einzelne im Haus der Generationen und Kulturen Gleichgesinnte. Hier finden sie eine betriebsame Werkstatt, wenn Ideen geschmiedet, Probleme angepackt, Chancen ausgelotet, wenn Brücken in die Zukunft gebaut und erprobt werden. Das Haus wird zur Bühne für Geselligkeit, zum Marktplatz gegenseitiger Hilfe, zur Kontaktbörse, zum Beratungsort – zum zweiten Zuhause, in dem man Heimat und Freunde findet. Ein tolles Projekt also für den Schlaatz. Übrigens soll es nicht auf den Schlaatz beschränkt bleiben. „Wir haben als nächsten Bereich, in dem wir aktiv werden wollen, das Wohngebiet Drewitz im Auge“, erzählt uns abschließend Friedrich Reinsch. -bm-



## „Gemeinsam handeln für einen l(i)ebenswerten Schlaatz“ ... das geht uns alle an!

Dieser Aufforderung folgten ein halbes hundert und mehr Schlaatz-Interessierte (oder auch -fans?)<sup>1</sup> und trafen sich am 7. März d.J. im Bürgerhaus am Schlaatz. In frei gewählten Gesprächsrunden warfen sie ihre Probleme, Pläne und Wünsche in die Kreismitte und diskutierten über eine Werbekampagne „Pro Schlaatz“, über die Mobilität von Jugendlichen, Seniorenaktivitäten und -betreuung, Film- und Fotoprojekte und das geplante Stadtteilstfest im kommenden Mai. Geworben wurde für den Besuch der Ökoloabe, den neu errichteten Integrationsgarten u.v.a.m. Nicht alles war eitel Freude und Sonnenschein, insbesondere sorgte man sich über die düstere Wolke der im Haushaltsentwurf 2008 sichtbar gewordenen Finanzierungslücke für das Bürgerhaus, über Gewalt an Schulen und Kitas sowie mangelnde Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit im Kiez. Als teilnehmender Stadtverordneter beteiligte ich

mich an den Diskussionen vor allem unter dem Aspekt, wie ehrenamtliches Engagement und die städtische Verantwortung für die Daseinsvor- und -fürsorge zusammengeführt und auch ausreichend materiell abgesichert werden, und sprach mich entschieden gegen Erscheinungen aus, dass unter dem Deckmantel des Appells an die Eigenverantwortung der Bürger und der Verweisung auf knappe Kassen in Wirklichkeit originäre Pflichten der Stadt auf das Ehrenamt abgewälzt werden.

Bemerkenswert war für mich, wie lange sich ein einmal herbeigeredeter schlechter Ruf vom „Schmuddelschlaatz“ trotz erheblicher positiver Veränderungen hält. Wahrscheinlich auch durch die „Trinkergemeinde“ nahe der Kaufhalle; eine Personengruppe, die ihre durch Dauerarbeitslosigkeit erzwungene Freizeit ohne Einhaltung bestimmter Grundregeln aus der Stadtordnung, mit über-

mäßigem Alkoholgenuss, Anpöbeleien und teilweise auch Verletzung der Erziehungspflichten gegenüber den eigenen Kindern verbringt. Bei aller Verärgerung war man sich aber einig, dass eine rein ordnungsrechtliche Reaktion nicht der Lösungsweg sein kann. Mit Hilfe der Leitung des Bürgerhauses soll eine Gesprächsrunde mit dieser Personengruppe ins Leben gerufen werden, in der sowohl ihre schwierige soziale Lage Berücksichtigung finden soll, sie aber auch mit dem berechtigten Unmut der Schlaatzbewohner konfrontiert werden, um so auch ihre Bereitschaft zu fördern, freiwillig eigene Anstrengungen zu unternehmen, ihrer Selbstausgrenzung zu begegnen und angebotene Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Dr. S. Krause, SVV-Fraktion DIE LINKE

<sup>1</sup> Von den Stadtverordneten waren laut veröffentlichter Kontaktliste nur Vertreter der Fraktion DIE LINKE anwesend.





## Potsdam-Schlaatz – Die Laube,

die jetzt im Integrationsgarten eingeweiht wurde, ist nicht nur Ersatz für die schon zweimal durch Brandstiftungen vernichteten Gartenhäuschen. Nein, sie ist auch massiv gemauert. „Die lassen wir uns nicht noch einmal nehmen“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs bei der Übergabe, die mit einem fröhlichen Fest gefeiert wurde. Viele Unternehmer hatten Material und Fachkräfte unentgeltlich zur Verfügung gestellt, damit diese Heimstatt des Integrationsgedankens wieder – und noch schöner – hergestellt wird. Sie solle Symbol sein, dass die Potsdamer sich gegen Angriffe auf die Integrationsbemühungen gemeinsam wehren.

Die Fraktion der LINKEN hatte schon in der Stadtverordnetenversammlung nach dem Brandanschlag zu einer Spende aufgerufen und über 600 Euro gesammelt. Zur Einweihungsfeier war Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg mit einem Vogelhäuschen und Blumen gekommen. Es sei ein freudiger Anlass, dass der Gedanke friedlichen Zusammenlebens verschiedener Nationen weiter an Format gewinnt. Auf 3500 Quadratmetern bestellen 14 Familien aus acht Nationen sowie Kinder aus der Grundschule ihre Beete und nutzen die Gemeinschaftseinrichtungen, berichtete Carla Villwock vom Kulturbund als Träger des Integrationsgartens. rd

## „Wildwuchs“ in der Eigenheimsiedlung

Einwohner der Waldstadt zieht es oft zu Spaziergängen in die stadtwärts gelegene Siedlung Eigenheim. Schmale Straßen, schmucke kleine Häuser, gepflegte Gärten und eine himmlische Ruhe lassen den Besucher schnell Hektik und Lärm der Großstadt vergessen!

Aber dieses Bild trügt! In diese ursprünglich in den 20er/30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nach sozialen und gartenarchitektonischen Gesichtspunkten des Pädagogen und Politikers Adolf Damaschke geplante Siedlung hat längst die Gegenwart Einzug gehalten, und dies mit riesigen LKWs und Kränen gewaltigen Ausmaßes!

Bereits im November 2005 gab die Stadtverwaltung Potsdam an, dass seit 1990 zu den bestehenden rund 200 Häusern 91 Ein- und Zweifamilienhäuser durch Zweitbebauung, d. h. Teilung der relativ großen Grundstücke und „Bauen in der zweiten Reihe“, dazugekommen sind. Inzwischen sind es noch rund 30 mehr! Der Charakter der Siedlung ist damit nicht nur gefährdet, er ist bereits nahezu verloren gegangen. Er bestand einmal für die nicht sehr betuchten Bauherren darin, selbst

Vieh zu halten und sich mit einem großen Gemüse- und Obstgarten weitgehend selbst zu versorgen. Obligatorisch wurde auf jedem Grundstück ein Nussbaum gepflanzt. Die Häuser hatten ein Spitz- oder ein gerundetes Walmdach und standen meist mit der Schmalseite zum Grundstückseingang. Engagierten Einwohnern gelang es nach der Wende nicht, für die Damaschke-Siedlung das Prädikat „denkmalgeschützt“ zu erstreiten.

Erst jetzt regt sich Widerstand gegen die nahezu uneingeschränkte Bautätigkeit. Ein wuchtiges Bürohaus wurde im Ravensbergweg/Ecke Heidereiterweg hochgezogen, und im Heidereiterweg verärgern zwei Mehrfamilienhäuser mit fünf Parteien die Nachbarschaft, weil Gartenland als Parkflächen versiegelt wurde und mancher Terrassenbesitzer jetzt auf eine kahle Wand schaut. Ursache dafür ist, dass es für einen Teil der Siedlung keinen beschlossenen Bebauungsplan (B-Plan) gibt, so dass einer wenig koordinierten Bautätigkeit Tür und Tor geöffnet wurde. Nahezu jeder kann seine Vorstellungen nach §34 des Brandenburger Baugesetzbuches realisieren, weil die Lückenbebauung erklärtes Ziel ist, um

Wohnraum zu schaffen. Es bedarf, so jetzt die Forderung vieler Bürger der Eigenheimsiedlung, endlich einer städtebaulichen Ordnung. Deshalb wurde von der Fraktion DIE LINKE mit dem Beschluss 07/SVV/0533 der Stadtverordnetenversammlung der Antrag erfolgreich abgestimmt, nach dem die höchst zulässige Zahl von Wohnungen und die Mindestabstandsflächen festgeschrieben werden sollen. Dieser B-Plan soll erneut mit den Anwohnern diskutiert werden.

Der Antrag wurde im Oktober beschlossen.

Erst nach mehreren Nachfragen war die Verwaltung im Februar bereit zum Gespräch, das nun im April stattfinden soll. Wie viele Häuser bis dahin fertiggestellt werden, wie viele sich neu im Bau befinden, wie viele Baugenehmigungen noch erteilt werden – wir wissen es nicht!

Kommen Sie und schauen Sie selbst, verehrte Leser!

Sie werden verstehen, wie notwendig auch in privat bewohntem Gebiet gemeinschaftliches Eingreifen notwendig ist, wenn Natur, historisch Gewachsenes und Ästhetik erhalten und gestaltet werden sollen. -hd-

## Freier Uferweg durch Initiative der LINKEN gesichert

Endlich soll es losgehen in der Speicherstadt. Die Flächen entlang der Leipziger Straße haben sich in den letzten Jahren immer mehr zum Gegenstand des öffentlichen Ärgernisses entwickelt. Nach mehreren Anläufen konnten sich jetzt die verschiedenen Grundstückseigentümer, darunter das städtische Unternehmen Pro Potsdam, mit einer Rahmenvereinbarung grundsätzlich zum weiteren Vorgehen einigen. Auf dem Areal werden unter anderem Wohnungen entstehen, soll Gewerbe angesiedelt werden usw. Eine besondere Bedeutung hatte dabei von vornherein die Sicherung eines öffentlichen Uferweges, der über das gesamte Gelände reichen soll. Dazu gab es im Vorfeld große Einigkeit. Allerdings stellte sich dann heraus, dass dieser Uferweg nicht über das Grundstück des städtischen Wasserwerks sowie das davor liegende private Grundstück verlaufen könne. Damit war die Fraktion Die Linke nicht einverstanden. Nachdem im Stadtentwicklungsausschuss ein entsprechender Änderungsantrag der LINKEN zur Sicherung des Uferweges abgelehnt worden war, unternahmen wir in der Februarsitzung der SVV einen erneuten Vorstoß. Der nachdrücklich von Ralf Jäkel vorgetragene Änderungsantrag zur Rahmenvereinbarung fand mit 27 Stimmen eine überraschend deutliche Mehrheit. Daraufhin rief der Oberbürgermeister den Katastrophenzustand aus und behauptete entgegen den Realitäten, dass mit dieser Beschlussfassung die gesamte Rahmenvereinbarung gefährdet sei. Das führte dazu, dass

die Angelegenheit noch einmal in den Ausschuss für Stadtentwicklung überwiesen wurde, obwohl nach Ansicht der LINKEN eine sofortige Beschlussfassung möglich war. Entgegen den Behauptungen des Oberbürgermeisters, der den öffentlichen Uferweg schon abgeschrieben hatte, erwies sich der Änderungsantrag der Linken als entscheidender Impuls dafür, dass eine Regelung zur Sicherung des freien Uferweges sowohl mit dem privaten Grundstückseigentümer als auch mit den Stadtwerken gefunden werden konnte.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

### Das Oberstufenzentrum und die Waldstadt brauchen ein Mehrzweckgebäude

Die Sanierung des Oberstufenzentrums II in der Waldstadt ist in vollem Gange. Die Bauleute sind am Werk und einiges ist schon zu sehen. Darüber kann man sich aus ganzem Herzen freuen, denn damit entsteht ein hochwertiges, qualifiziertes Angebot in der Berufsausbildung, das dringend gebraucht wird. Das zeigen nicht zuletzt die guten Nachfragezahlen, die über früheren Erwartungen liegen.

Bei aller Freude über den sichtbaren Fortschritt sollte man nicht vergessen, dass es nicht so einfach war, dieses Sanierung auf den Weg zu bringen. Vor kurzem ist

bekannt geworden, dass zwischenzeitlich völlig unbeachtet eine wichtige Säule aus dem Sanierungskonzept herausgebrochen worden ist. Ursprünglich gehörte zum Gesamtvorhaben ein Mehrzweckgebäude, das als Aula und als Pausenraum vorgesehen war. Dieses Mehrzweckgebäude mit einem großen Saal wird nicht nur für die große Schule dringend gebraucht, sondern auch für das Wohngebiet Waldstadt II. Allein die Diskussion um die Einrichtung eines Bürgertreffs, die schon mindestens fünf Jahre andauert und bisher erfolglos war, zeigt das große Interesse und den Bedarf an einer solchen Einrichtung.

Wie sich jetzt herausstellte, war das Mehrzweckgebäude von der Landesregierung als förderfähig eingestuft worden. Damit hätte die Stadt nur einen Anteil zahlen müssen, der wesentlich geringer als der Landeszuschuss gewesen wäre. Diese Förderung ist jedoch daran gescheitert, dass die Stadt nicht bereit war, diesen Eigenanteil zu zahlen.

Mit einem Antrag an die Stadtverordnetenversammlung hat Die Linke erreicht, dass der Oberbürgermeister Gespräche mit der Landesregierung führen soll, um eine finanzielle Unterstützung des Landes für den Bau eines solchen Mehrzweckgebäudes zu erhalten. Das schließt natürlich ein, dass dieses Vorhaben nicht mehr am fehlenden Eigenanteil der Stadt scheitern darf. DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

„Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft“ steht über einem Thesenpapier, mit dem der Oberbürgermeister der Stadt Potsdam Jann Jakobs dieser Tage die Einwohner überraschte. Der Sozialdemokrat plant nichts weniger als eine Neuauflage des religiösen Toleranz-Edikts von 1685, mit dem der Kurfürst Friedrich Wilhelm „einen Meilenstein der europäischen Geschichte“ gesetzt habe.

Damit kam er keine Minute zu früh. Denn gerade ist Stadtgespräch, dass ein bekannter Potsdamer, der Modeproduzent Wolfgang Joop, im Park Sanssouci durch Parkwächter etwas unsanft vom Rad geholt und an die Parkordnung erinnert wurde. Auch weil Joop angeblich Hunde frei herumstreuen ließ, war es bei dieser Begegnung zur Eskalation gekommen. Wutentbrannt haben die Streithähne sich später gegenseitig angezeigt.

Nun aber liegt mit dem neuen Thesenpapier der ausgleichende Toleranzgedanke schwer über der Stadt. Als Angebot zur Bürgerdebatte und ausgearbeitet vom Potsdamer Politikprofessor Heinz Kleger bereichert dieser Text die Debatte mit Formulierungen wie: „So wie die Toleranz eine Konsequenz der Freiheit ist, ist die Solidarität eine Konsequenz der Toleranz“. „Statt zu stören, ist gelebte Vielfalt ein Grund, stolz auf die eigene Stadt zu sein.“ Oder: „Liberaler Schein ist noch keine liberale Wirklichkeit“. Tatsächlich: Solche Perlen wirft der in Zürich geborene Professor vor die Potsdamer. In den nächsten Monaten haben die Bürger Zeit, sich am Gespräch zu beteiligen, sagt der Bürgermeister, denn das neue „Edikt von Potsdam“ werde „von keinem Fürsten verkündet“.

Es ist ja auch keiner da, der das tun könnte. Nun ist der Begriff „Toleranz-Edikt“ bei Lichte besehen eine eigenartige Wortkombination, denn Edikt heißt soviel wie Verordnung, Erlass, ist also mehr oder weniger eine Art Befehl. Ein Befehl zur Toleranz also, und das ist nun wirklich preußisch angelegt. Und was bedeutet Toleranz in Religionsdingen eigentlich, da sich die Tendenz zur Intoleranz und zum Fanatismus, die jeder Religion innewohnt, doch an der Geschichte des Christentums eindrucksvoll studieren lässt? Wie auch immer: Man darf gespannt sein, welche hohe Weihe am Ende der Debatte vom Mast weht und könnte zum Beispiel fragen, ob das Potsdam von heute überhaupt ein spezielles Toleranzproblem mit Ausländern und ihrer Religion hat? Es ist eine notorisch „linke“ Stadt, mit einem SPD-Bürgermeister und einer permanenten relativen Linken-Mehrheit im Stadtparlament. Die Minderheit der religiös Gebundenen ist in dieser Stadt an der Einhaltung ihrer kulturellen Regeln nicht gehindert, weder Katholiken noch Juden, noch Mohammedaner – jedenfalls hatte von Anderslautendem in den vergangenen 18 Jahren niemand Wind bekommen. Der Ausländeranteil ist mit 4 Prozent zwar doppelt so hoch wie im übrigen Land Brandenburg, doch ist das nicht ungewöhnlich und hängt vor allem mit der örtlichen Unversität zusammen. Merkwürdig wenngleich bestimmt nicht typisch ist, dass Wissenschaftsministerin Johanna Wanka (CDU) kürzlich erklären musste, dass diese Unversität es jahrelang nicht schaffte, die ausgeschriebene Stelle eines Ausländerbeauftragten zu besetzen. Bundesweit Aufsehen erregte der – später nicht wirklich aufgeklärte – Überfall auf einen Deutsch-Äthiopier, doch gilt Potsdam gesinnungsmäßig eher als liberale Insel im problematischen Brandenburg.

Oder sollte der neue Potsdamer Toleranzappell ausnahmsweise einmal einen Zusammenhang mit einer wirklich offenen aktuellen Frage haben? Denn in der Tat tat und tut ja Deutschland gerade alles, um die Katholiken – in diesem Falle die Polen – hübsch in ihren Pferchen zu halten: Arbeitnehmer-freizügigkeit? Ja, aber so spät wie möglich.

# Die schwere Hand

**Nun auch noch das: Potsdam plant ein demokra**

Während andere Länder die Toleranz bewiesen und gleich ihre Grenze polnischen Arbeitskräften öffneten, ließ Deutschland sicherheitshalber die Balken unten, und die Potsdamer Landesregierung kann nun wirklich nicht behaupten, dagegen aufgetreten zu sein. Natürlich gibt es für eine solche Haltung Gründe, in der Demokratie kann man den Leuten die Toleranz nicht einfach einbläuen. Da hatten es die Preußenkönige sozusagen leichter. In – bezugten – Szenen bot König Friedrich Wilhelm regelmäßig ein Schauspiel, bei dem er in Potsdam oder Berlin durch die Straßen rannte, mit einem dicken Bambusrohr wahllos jeden durchprügelte, der nicht schnell genug geflohen war, und das mit der Mahnung versah: Ihr sollt mich nicht fürchten sondern lieben.

Auch in anderer Hinsicht ist die Toleranzbereitschaft der heutigen Potsdamer auf eine harte Probe gestellt. Auf der einen Seite gibt es das Potsdam der Springer, Jauchs und Joops, der Reichen und Schönen, auf der anderen die Stadt der Verdrängten – verdrängt einerseits durch Arbeitslosigkeit, aber auch durch Mieten, die in ihrer Höhe nicht mehr zu bezahlen sind. Letztere hausen zumeist in den Plattenbausiedlungen der Stadt und sind nicht so ausgestattet, dass sie am fröhlichen, gleichwohl kostspieligen Nacht- und Vergnügungsleben der Stadt teilnehmen könnten. Beim Anblick dieser Häuser würde er am liebsten Al Khaida anrufen, hatte der besagte Modeschöpfer mal gesagt, und die Antworten aus den zum Abschuss freigegebenen Buden klang auch nicht gerade fein. Ja, in diese wohlgeordnete Situation hinein platzt nun der Aufruf zu Toleranz und liebenswürdigem Miteinander. Denn ob auf der Sonnen- oder auf der Schattenseite: Gemeinsam bilden alle Potsdamer natürlich die „Bürgerschaft“ und sollen sich gleichermaßen als Bürger Potsdams fühlen, wie es im Thesenpapier mehrfach heißt. Als einig Volk von Brüdern, womöglich.

Welchen Sinn besitzt ein solcher Aufruf? Nicht allein, dass solcherlei abstrakte Appelle zu Recht über die Köpfe hinweg gehen, weil sie – im Unterschied zu den praxisorientierten Edikten der Preußenkönige übrigens – eben nicht auf eine konkrete Veränderung abzielen, sondern letztlich nur Bewusstseinsgymnastik sind, bei der das gesellschaftliche und eigentliche Problem zu einem pädagogischen erklärt wird oder dem der Wissensvermittlung. Aber genauso wie die DDR mit ihrem Studienjahr- und Parteilehrjahr-Wahn nicht wirklich massenhaft Gesinnung fundieren konnte, werden auch diese Appelle der Satten den anderen nichts wirklich sagen. Man denke nur an den „Ruck“, der durch Deutschland eben nicht ging, bloß weil Roman Herzog ihn herbeirief.

Die höchstwahrscheinlich absolut folgenlose Aktion holt sich – wieder einmal – bei den Preußen die historische Reputation. Derlei borussische Schamschläge gehen wieder und wieder von einer falschen Voraussetzung aus. Nämlich der, der Staat Preußen sei auch nur eine einzige Sekunde in seiner Geschichte tolerant gewesen. Tolerant im heutigen Sinne jedenfalls. Die Initiatoren des neuen „Edikts“ wissen offenbar nicht, was immerhin die preußischen Könige noch wussten und gelegentlich auch zynisch aussprachen. Dass ihre „Toleranz“ nie bedingungslos war und gerade im Fall Preußens nie etwas anderes als eine Maske für Selbstsucht und Machtstreben.

Im Zeitalter der – durchaus nüchternen – Preußenkönige verstand sich die religiöse Toleranz

noch nicht von selbst, sie bereiteten mit einschlägigen Edikten die Landeskinder darauf vor, dass demnächst Scharen von Ausländern die Steusandbüchse heimsuchen würden. Diese Edikte waren gleichzeitig eine mit Nachdruck vorgetragene Warnung an die Landeskinder: Vertragt euch. Das heute gefeierte „Edikt von Potsdam“ öffnete den französischen Evangelisch-Reformierten die Tür, so wie später auch Böhmen, Schweizern und anderen. Genau so wie übrigens zur gleichen Zeit das russische Reich deutsche Siedler zu sich lockte. Wer aber käme auf den Gedanken, die Zaren deshalb für tolerant zu halten? Dabei würde – so gesehen – den Russen zweifellos diese Palme eher gebühren als den Preußen, denn Petersburg garantierte Protestanten und Katholiken das Siedlungsrecht in orthodoxen Landstrichen, während Preußens Herrscher mit den Hugenotten, Böhmen und Schweizern nur Angehörige ihrer eigenen Staatskirche begünstigen. Ein Protestant half Protestanten, nicht weniger aber auch nicht mehr. Mit den neuen Siedlern traten Gabel, Leberwurst und Soße ins preußische Leben, alles Dinge, die in der Gegend um Berlin zuvor unbekannt gewesen waren. Und junge Frauen hießen eine Zeit lang Mamsell.

Grundlage dieser „Toleranz“ war übrigens eine dreiste Spekulation auf Intoleranz – nämlich auf die des französischen Königs Ludwig XIV. Der hatte zuvor seinerseits die für Frankreich geltende Toleranzgarantie – das Edikt von Nantes – offiziell widerrufen und damit die Hugenotten in seinem Land für quasi vogelfrei erklärt. Diese Flüchtlinge kamen





# der Toleranz

tisches „Edict“ / Von Matthias Krauß

wie ein warmer Regen über das rückständige Preußen. Der König rieb sich die Hände. Als wieder einmal ein Jahreswechsel vor der Tür stand und die Herrscher – wie es damals halt so Sitte war – sich untereinander nach Geschenkwünschen erkundigten, lautete die Antwort des Preußenkönigs an den Versailler Hof, er wünsche sich von seinem „königlichen Bruder“ in Frankreich nichts anderes, als dass der „das Edikt von Nantes noch einmal widerrufen“ möge.

Die religiöse Toleranz sei von König Friedrich zur „Staatsmaxime“ erhoben worden, behauptet auch das Thesenpapier. Franz Mehring hat Anfang des vergangenen Jahrhunderts schon darauf hingewiesen, dass diese Grundsätze „mit der ganzen Regierung des Königs in mehr oder minder schreiendem Widerspruche“ standen. Mehring bezog sich auf das berühmteste von Friedrichs geflügelten Worten: „Alle Religionen müssen toleriert und jeder muss nach seiner Fassung selig werden“. Tatsächlich habe Friedrich einmal einem Katholiken, der das Bürgerrecht in Frankfurt/Oder beantragt hatte, wie folgt geantwortet: „Alle Religionen sind gleich gut,

wenn nur die Leute, so sie profitieren, ehrliche Leute sein, und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peuplieren (bevölkern), so wollen wir sie mosqueen (Moscheen) und Kirchen bauen“.... Franz Mehring dazu: „Friedrich wollte sein armes und dünn besiedeltes Land ‚peuplieren‘, um Rekruten für sein Heer und Steuern für seine Kasse zu bekommen, und da waren ihm Christen, Türken, Heiden und – wenigstens für den finanziellen Zweck – auch Juden höchst willkommen; er gewährte ihnen ohne weiteres öffentliche Anerkennung ihres Gottesdienstes und Schutz der Glaubensfreiheit. Aber deshalb hat er all sein Lebtage an eine Gleichstellung der religiösen Bekenntnisse im bürgerlichen Leben auch nicht im Traume gedacht; nichts hat ihm durch seine ganze Regierungszeit ferner gelegen, als eine Gleichstellung von Juden, Heiden, Mohammedanern mit dem Christen, ja auch nur den Katholiken dem Protestanten gleichzusetzen...“

Und wie es in Fragen der Staatsräson um die königliche Toleranz bestellt war, zeigt folgendes Beispiel: Als ein wieder eingefangener Deserteur der preußischen Armee aussagte, ein Jesuitenpater habe ihm in der Beichte erklärt, das Desertieren sei zwar eine große Sünde, aber doch keine Sünde, die von Gott niemals vergeben werden könne, da ließ Friedrich den Priester ohne Verhör und Urteil, ja auf seinen ausdrücklichen Befehl ohne Beichte neben einem schon seit einem halben Jahr faulenden Deserteur an den Spionengalgen hängen.

Dem heutigen Thesenpapier des Professors zufolge lobten auch „Kritiker die weitgehende Zensur- und Denkfreiheit“ unter Friedrich II. Denn hatte der König nicht einmal gesagt, dass „Gazetten nicht genietet“ werden dürften? Wie es um die „Pressfreiheit“ in Preußen wirklich stand, legte Franz Mehring ebenfalls dar: „Es handelte sich also bei dieser glorreichen ‚Pressfreiheit‘ um einen alten und freilich ewig neuen diplomatischen Kniff, um die Möglichkeit, auswärtigen Mächten allerlei unangenehme Dinge zu sagen und dabei aber doch die Hände in Unschuld waschen zu können. Daneben blieb das strenge, von Friedrich immer wieder... eingeschränkte Verbot bestehen, dass, ‚in publicis‘ nichts ohne höhere Erlaubnis gedruckt werden durfte, jede Kritik an Regierung und Verwaltung, ja, jede Erörterung der öffentlichen Verhältnisse galt für durchaus unstatthaft. ...Aber gleichviel... in jedem Falle hatte die ganze Herrlichkeit von sogenannter ‚Pressfreiheit‘ gerade ein halbes Jahr gedauert, was am Ende noch das Beste an ihr war. ...Am Abend seines Lebens ... huldigte der König dann noch der Pressefreiheit in seiner besonderen Weise, indem er 1782 als Strafe für ‚unbefugte Schriftstellerei‘ den Kriegsdienst verhängte.“

Wann immer also wirkliche Interessen im Spiel waren, ließ der Monarch nicht den geringsten Zweifel daran, dass, wer in seinem Königreich zur Feder griff, „es für den König von Preußen“ zu tun habe. Die von Kleger gefeierte „Denkfreiheit“ in Preußen war dem Spötter Heinrich Heine ein paar gereimte Zeilen wert: „Gedankenfreiheit genoss das Volk. Sie war für die breiten Massen. Beschränkung traf nur die geringe Zahl. Jene, die drucken lassen.“

Und wäre bei diesem Thema nicht der Hinweis Pflicht, dass sich die Preußen den Nazis andienten und zwar in einem Moment, als die es noch dringend gebraucht hatten? Beinahe sprachlos macht der Professor mit solchen Zeilen: „Bis zur Pogrom-

nacht am 9. November 1938, die vor aller Augen stattfand, war die Synagoge auch in Potsdam ein fester Bestandteil der Bürgergesellschaft. Was dann kam, war ein Bruch mit den Grundlagen liberaler Zivilisation.“ – Will er im Ernst damit sagen, dass bis dahin Potsdam für Juden eine heile Welt der Seligen war? Bei ihm findet sich kein Wort davon, dass am „Tag von Potsdam“ im Frühjahr 1933 Faschisten und das angeblich so tolerante Preußen in der Potsdamer Garnisonkirche den Bund fürs Leben schlossen. (Und beide sind später dann auch nahezu zeitgleich und aneinander gefesselt in die Grube gefahren.) Kein Wort darüber, dass der politische Konservatismus, dieser selbsternannte Sachwalter der preußischen Belange, schon Jahre vor 1933 eine feste Zählgemeinschaft mit den Nazis gebildet hatte. Kein Wort davon, dass ein konservativer General der kaiserlichen Reichswehr in Potsdam die Stadtfraktion der NSDAP anführte. Oder dass der preußische Kronprinz öffentlich dazu aufgerufen hatte, Adolf Hitler zu wählen. Und auch kein Wort davon, dass der Antisemitismus gerade in den Potsdamer Gemeinden grassierte – und zwar durchaus abseits der Hitlerei. Dass Teile der Elite, die „bürgerliche Mitte“, die entscheidenden Kräfte im Adel, die „Machtergreifung“ massiv vorbereitet hatten und ihre Geisteshaltung sich als durchaus kompatibel mit der Ideologie der Nazis erwies, das ist dem Toleranzauftrag keine Zeile wert. Dafür kriegt die DDR natürlich ihr Fett weg. Und das hört sich im Thesentext so an: „Der sozialistische Paternalismus griff überall ein; die Freiheit, nicht beherrscht zu werden, die freie Menschen und BürgerInnen auszeichnet, wurde so verunmöglicht und musste sich in Nischen zurückziehen.“

Der Professor sollte mal die Potsdamer fragen, ob sie den Eindruck haben, dass sie heute nicht beherrscht werden. Jedenfalls sollen die Thesen jetzt in Potsdam öffentlich ausgehängt werden. Bezeichnenderweise kam gleich die Frage nach Beschmierung und Bewachung auf. Laut örtlicher Presse hat der Oberbürgermeister die Potsdamer aufgerufen, im Falle einer Hakenkreuzschmiererei sie entweder durchzustreichen oder daraus ein Fenster zu malen. Er werde es riskieren, dass auch „Extremisten dort schreiben“.

Fazit: Als 1806 die preußische Armee von Napoleon zu Boden gerissen wurde – der 200. Jahrestag dieses denkwürdigen Ereignisses war der Potsdamer Landesregierung keinen Gedanken wert – , ging nicht ein Staat der Toleranz, sondern „das sklavischste Land Europas“ (Lessing) an seiner eigenen Reformunfähigkeit zugrunde. Der Bezug zur Gegenwart drängt sich auf. Reformunfähigkeit ist ein Markenzeichen geblieben, allen gegenteiligen Beteuerungen und auch marktschreierischen Toleranz-Bekundungen zum Trotz. Der eingangs erwähnte Masken-Charakter dieser Toleranz hat ebenfalls überlebt, heute könnte Toleranz eben auch als Aufforderung verstanden werden, sich mit ungerechten Verhältnissen abzufinden. Der Pfründestaat versteinert, Privilegien werden nicht angefasst, der Rest muss dafür zahlen und kann selbst Wasser saufen. Dass die Begünstigten dafür Toleranz einfordern, ist nur zu verstehen. Von keiner Situation ist Brandenburg weiter entfernt als von der notwendigen und gebotenen Neuverteilung der Karten.

Die Verdienstvollen im neuen Brandenburg werden jetzt alljährlich mit der höchsten Landesauszeichnung bedacht, dem „Roten Adlerorden“. Das Blech zeigt – stilisiert – ein Raubtier der Lüfte, das sich nur von Lebendigem ernährt. Es gemahnt ebenfalls an ein historisches Vorbild, an den „Schwarzen Adlerorden“ der alten Preußen nämlich. Auf dessen Rückseite eingeprägt war der Rechtsgrundsatz „Suum cuique“ (Jedem das Seine).



Denkt er an Waldstadt in der Nacht, so ist er um den Schlaf gebracht...



## Europacamp

Vom 1. bis zum 4. Mai 2008 findet das Europacamp 2008 in Mittelböhmen – in Zelznice, umweit der Stadt Jicin – statt. Veranstalter ist das „Ständige Forum der Europäischen Linken der Regionen“ (SFEL-R). Gastgeber ist der KSCM Mittelböhmen.

**Im Programm:** gemeinsam in den 1. Mai; Busreise in die historische Stadt Kutna Hora; „kleine Friedensfahrt“; Diskussionsrunden; Musik; Tanz und Lagerfeuer.

**Anmeldung** an: Sabine Lichtwald, Lindenplatz 22, 03042 Cottbus. Email: sabinelichtwald@web.de

### Veranstaltungsreihe „Potsdamer Profile“ der Rosa-Luxemburg- Stiftung

### „Potsdam: Von der Bezirks- zur Landes- hauptstadt“

Am Donnerstag, dem 24. April 2008, um 18 Uhr in Potsdam, Altes Rathaus, Am Alten Markt 1

#### Podiumsgespräch mit:

**Anita Tack**,  
(MdL, Fraktion DIE LINKE, Potsdam);  
**Brunhilde Hanke**,  
(Oberbürgermeisterin a.D., Potsdam)  
und  
**Jann Jakobs**,  
(Oberbürgermeister, Potsdam)

## Songwriteroffensive – Lieder und ihre Macher

Liedermacher präsentieren ihr „Best Of“ am 2. Mai 2008 ab 20 Uhr im Club 18, Am Stern

Erlernte der Mensch den aufrechten Gang, um zur Arbeit zu gehen ein Leben lang? Antwort auf diese und andere elementare Fragen gibt es am Freitag, dem 2. Mai. Dann nämlich gastiert die Songwriteroffensive (ein Pool von zwölf Liedermachern) aus Berlin im Club 18. Das Konzept ist so einfach wie wirkungsvoll, pro Veranstaltung präsentieren vier Liedermacher ein Best Of ihrer Songs, wobei sie teilweise musikalisch gemeinsam auf

der Bühne agieren. Der Abend im Club 18 verspricht, schon durch die „ausgewogene Verschiedenheit“ der Beteiligten, höchst unterhaltsam zu werden. Ute Apitz mit ironisch-sarkastischen Liedern, Kai Winderlich mit seinen Liedern von „hinterm Deich“, Max Biundo mit „Zartcore – erotische und andere Geschichten“ und Wolfsmond mit seinen lebensphilosophischen Fragestellungen (Liegt der Sinn unserer Fähigkeit zur Kreativität

in der Steigerung der Arbeitsproduktivität?). Als Initiator der Songwriteroffensive ist Wolfsmond immer dabei, er hat brandneue Lieder im Programm, mit denen er kürzlich in Magdeburg vor ausverkauftem Haus begeisterte. Die Besetzung ist übrigens ein Berlin-Brandenburgisches „Joint Venture“, Ute Apitz und Kai Winderlich sind zwei Potsdamer Liedermacher. Für Freunde intelligent-unterhaltsamer Texte ein Muss.

## „Deutschlandlieder“ mit Kerstin Kaiser

Der Club „Charlotte“ im Obergeschoss des Kabarett Obelisk war an jenem Donnerstagabend bis auf den letzten Stuhl besetzt. Unter dem Motto „FrauenStärken leben“ hatte die Vorsitzende der Linksfraktion im Brandenburger Landtag, Kerstin Kaiser, am 6. März zu „Deutschlandliedern“ eingeladen. Gemeinsam mit ihrem Mann, Jörg Kokott, sang sie deutsche und russische Texte von Bertolt Brecht, Reinhold Andert, Konstantin Wecker, Wladimir Wyssotzki, auch Eigenes war darunter.

Geboren in Mecklenburg-Vorpommern, studiert im damaligen Leningrad und geblieben in Brandenburg – das widerspiegelte sich in dem anderthalbstündigen Programm der beiden Akteure. Im Gespräch mit der Journalistin Gisela Zimmer erzählte Kerstin Kaiser von hochmotivierten Erzieherinnen, die sie bereits in ihrer Mecklenburger Kita zum Singen und Musizieren angeregt haben. Aus der kindlichen Freude wurde ein langjähriges Hobby, das sie bis heute „nutzt, um immer wieder (ihr) inneres Gleichgewicht zu finden“. Mit viel Applaus und Sekt klang der Abend aus, die Besucherinnen und Besucher wa-



ren von dem Konzert begeistert. Was Insider schon länger wissen, aber für die Öffentlichkeit neu war: Man entdeckt gern andere Seiten an einer langjährigen Politikerin. -a.l.-

### • tips & termine • tips & termine • tips • tips & termine • tips & termine

**Dienstag, 01.04.2008, 14.30 Uhr:**  
„Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste – Teil 3: Varanasi, Sarnath und der Ganges“ (die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt). Ingrid Püschel erzählt in ihrem Film von ihren ganz persönlichen Erlebnissen im Land der 100 Völker mit

700 Sprachen und zwei Millionen Göttern und von ihren privaten Begegnungen mit liebenswerten Menschen. Dahlweid\*

**Sonntag, 06.04.2008, 10.00 Uhr:**  
Frühschoppen „Rathausreport live“ – Haus der Begegnung, Zum Teufelsee 30 (Waldstadt II)

**Freitag, 11.04.2008:**  
Info-Stände der Fraktion DIE LINKE  
14.00 Uhr: REWE-Markt, Zentrum-Ost; 14.30 Uhr: Kepler-Platz, Stern; 15.00 Uhr: Rathaus Babelsberg; 15.00 Uhr: Waldstadt-Center; 16.00 Uhr: Havel-Nuthe-Center, Drewitz.

**Sonnabend, 12.04.2008, 10.00 Uhr:**  
Info-Stände der Fraktion DIE LINKE  
Breite Straße Marktcenter; Marktplatz Kirchsteigfeld sowie Stadtplatz am Schlaatz.

**Montag, 14.04.2008, 14.30 Uhr:**  
„Al Andalus – Andalusien“ – ein Spaziergang mit Karl Kreutz auf Video-reise von Sevilla über Cordoba bis zur Alhambra in Granada. Dahlweid\*

**Montag, 21.04.2008, 14.30 Uhr:**  
Bürgersprechstunde der Stadtpräsidentin Birgit Müller, DIE LINKE. Dahlweid\*

**Dienstag, 22.04.2008, 14.30 Uhr:**  
„Unser schönes Hiddensee heute“. Im Gespräch mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost. Dahlweid\*

**Mittwoch, 23.04.2008, 13.30 Uhr:**  
„18, 20, Buben raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke.

**Freitag, 25.04.2008, 19.00 Uhr:**  
Kabarett Am Stern im Haus Stern\*Zeichen – Strausberger Seniorenbrett\*1, „Jetzt wird abgespeckt“ 5 Jahre geb(r)ettet.

**Dienstag, 29.04.2008, 14.30 Uhr:**  
„Seemannslieder & Seemannsgarn – ein musikalischer Nachmittag über und um die Seefahrt“. Gretel Strauch und Manfred Bischoff gestalten diesen Nachmittag mit kleinen Anekdoten, Seemannsgarn und Witzen über die Seefahrt. Dahlweid\*

\* Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 13, Zentrum-Ost

**Einzelnachhilfe - zu Hause -**  
alle Klassen/alle Fächer  
in allen Orten der Kreise PM und TF  
Hermann-Elfein-Str. 21,  
14467 Potsdam

**ABACUS**  
NACHHILFEINSTITUT

**Potsdam** 0331 - 600 68 56  
**Werder** 03327-73 21 62  
**Teltow** 03328 - 33 98 49

www.abacus-nachhilfe.de